



Die Gewerkschaften in Japan

MASAHIKO DAIMON
November 2012

- Erst 1989 wurde mit RENGO (*Nippon Sōrōdō Kumiai Sōrengō Kai*, Japanese Trade Union Confederation/JTUC-RENGO) in Japan ein einflussreicher, nationaler Gewerkschafts-Dachverband gegründet. RENGO hat heute 6,9 Millionen Mitglieder und den deutlich höchsten Organisationsgrad unter den japanischen Gewerkschaftsorganisationen.
- Der Organisationsgrad der japanischen Gewerkschaften sinkt seit den 1960er Jahren kontinuierlich. Vor allem die zunehmende Zahl von Arbeitnehmern in prekären Beschäftigungsverhältnissen (inzwischen mehr als 30 Prozent der Arbeitnehmerschaft) ist kaum gewerkschaftlich organisiert.
- Die die Gewerkschaften betreffenden Gesetze garantieren das Koalitionsrecht, das Recht auf Abschlüsse von Tarifverträgen sowie das Streikrecht. Streiks werden in erster Linie auf Betriebsebene von den Betriebsgewerkschaften organisiert, welche auch unabhängig Tarifabschlüsse aushandeln können. Die sektoralen Gewerkschaftsorganisationen und die nationalen Dachverbände spielen eher eine koordinierende Rolle.
- Traditionell hatten die japanischen Gewerkschaften lange ein gutes Verhältnis zur Sozialistischen Partei Japans, einige Verbände standen eher der Demokratisch-Sozialistischen Partei nah, andere der Kommunistischen Partei Japans. Nachdem sich die Sozialistische Partei in den 1990er Jahren auflöste, musste sich auch die Gewerkschaftsbewegung neu orientieren. Heute unterhält RENGO eine enge Beziehung zur Demokratischen Partei Japans (DPJ), die seit 2009 an der Regierung ist und in der eine Reihe von ehemaligen Sozialisten und Sozialdemokraten vertreten sind.



Inhalt

1. Japans Gewerkschaften heute: ein Überblick	1
2. Geschichtlicher Rückblick:	
Die Bemühungen um eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung	3
2.1 Konfrontation und politische Zersplitterung nach dem zweiten Weltkrieg	3
2.2 Der lange Weg bis zur Vereinigung in RENGO (1989)	3
2.3 Die konkurrierenden Gründungen von Zenrōren und Zenrōkyō	4
3. Gesetzliche Grundlagen	4
4. Strategien, Schwerpunkte und politische Arbeit der Gewerkschaften heute	4
4.1 Tarifpolitik im Takt der »Frühjahrsoffensive«	4
4.2 Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Forderungen bzgl. der Arbeitsbedingungen und der Arbeitspolitik	5
4.3 Die aktuellen Schwerpunktforderungen der japanischen Gewerkschaften	6
4.4 Die Gewerkschaften und ihr politischer Einfluss (1955–1996)	7
4.5 Eine Sonderbeziehung: Die Demokratische Partei Japans (DPJ) und die Gewerkschaften (1996 bis heute)	7
4.6 Internationale Netzwerke und Mitgliedschaften	8
5. Ausblick	8
5.1 Die Lage von DPJ und Regierung	8
5.2 Die Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften	9
5.3 Zukünftige Aufgaben für die Organisation	9



1. Japans Gewerkschaften heute: ein Überblick

Die Basis der japanischen Gewerkschaftsbewegung sind die Unternehmensgewerkschaften. Diese sind mehrheitlich in drei Dachverbänden organisiert, nur etwa 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder gehören keinem Dachverband an. Mit zwei Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder ist dabei RENGU (*Nippon Sōrōdō Kumiai Sōrengō Kai*, Japanese Trade Union Confederation/ JTUC-RENGO) der mit Abstand größte Verband, noch dazu mit dem deutlich höchsten Organisationsgrad.

Die Mitgliederzahl von RENGU ging nach dem Spitzenwert von 1990 (8.087 Millionen Mitglieder in 81 Mitgliedsgewerkschaften) stetig zurück. Seit 2007 jedoch (6.539 Millionen in 56 Unternehmensgewerkschaften) nimmt die Mitgliederzahl wieder zu. Dies ist das Ergebnis einer Strategie, auch jenseits der Stammebelegschaften aktiv zum Beitritt in die Gewerkschaften zu werben. Bei den kleineren Dachverbänden *Zenrōren* und *Zenrōkyō* hingegen gehen die Mitgliederzahlen kontinuierlich zurück.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt seit den 1960er Jahren, obwohl sich die Beschäftigungszahlen

während dieses Zeitraums erhöht haben. Dies erklärt sich insbesondere aus dem Umstand, dass neue Arbeitsverhältnisse auch in Japan zunehmend prekärer Natur sind. Diese Teilzeitkräfte und Leiharbeiter aber, deren Zahl aufgrund arbeitsrechtlicher Änderungen gegenüber den historisch vorherrschenden Stammebelegschaften zunimmt, waren lange Zeit kaum gewerkschaftlich organisiert. Insbesondere gilt dies für weibliche Beschäftigte, die überproportional von diesen »neuen« Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind. Seit 1975 ist außerdem zu beobachten, dass die Zahl der sich auflösenden Gewerkschaften jene der neu gegründeten übersteigt.

Seit 2009 greifen jedoch die Bestrebungen einer Organisationsausweitung bei RENGU und insbesondere aufgrund der Mobilisierungserfolge außerhalb der Stammebelegschaften wächst die Mitgliederzahl wieder an. Der gleichzeitig statistisch gemessene Zuwachs des Organisationsgrades (um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, auf 18,5 Prozent) muss allerdings mit Vorsicht interpretiert werden, da infolge der aktuellen Rezession die Zahl der Beschäftigten insgesamt zurückgegangen ist.

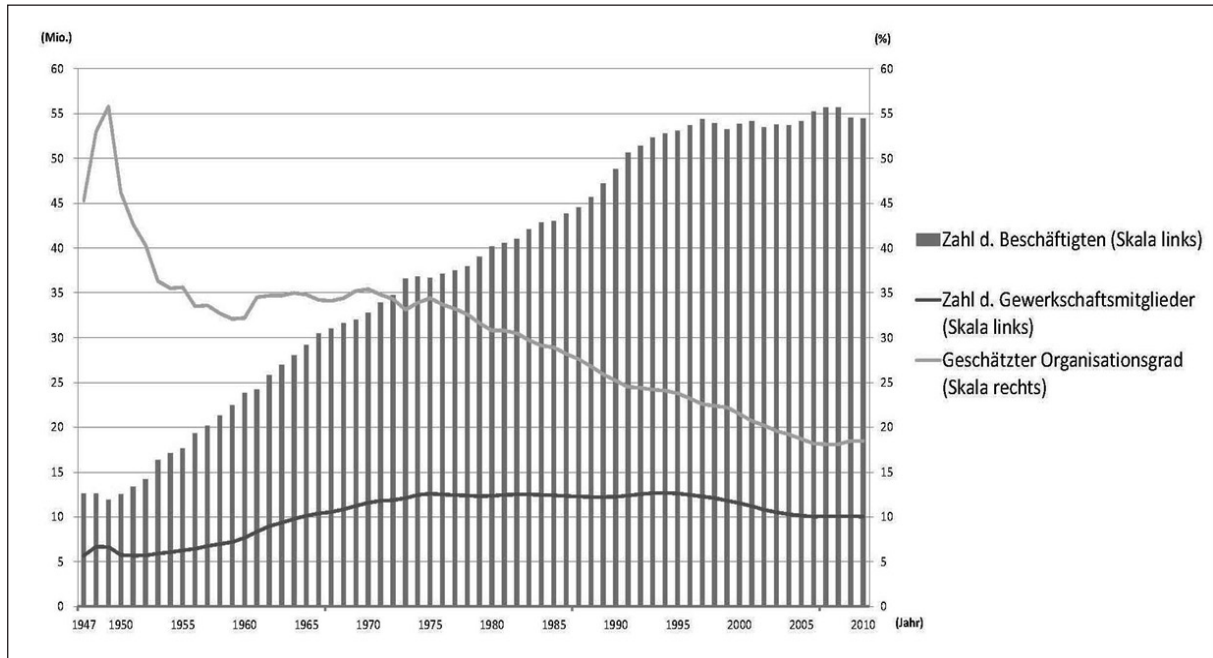
Tabelle 1: Gewerkschaftsmitglieder nach Dachverbänden

	Mitgliederzahl	Differenz zu 2009	Organisationsgrad in Dachverbänden gemessen an Gesamtzahl der Beschäftigten	Organisationsgrad in Dachverbänden gemessen an Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder
Gesamtzahl der Beschäftigten	54.470.000	-80.000	100,0 %	—
Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder	10.050.000	-24.000	18,5 %	—
RENGO	6.880.000	+44.000	12,0 %	68,4 %
Zenrōren	870.000	-14.000	1,6 %	8,6 %
Zenrōkyō	130.000	-7.000	0,2 %	1,3 %
Keinem Dachverband zugehörig	2.170.000	-47.000	4,0 %	21,6 %
In keiner Gewerkschaft organisiert	44.420.000	-50.000	81,5 %	—

Quelle: »Basisstudie zu den Gewerkschaften 2010« des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt (2010/12). Da die Studie des Jahres 2011 wegen des Erdbebens in Ostjapan vom 11. März keine Zahlen zu den Beschäftigten in den drei betroffenen Präfekturen enthält, wurden die Daten der Vorjahresstudie herangezogen.



Abbildung 1: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen, der Gewerkschaftsmitgliederzahlen und des gewerkschaftlichen Organisationsgrades



Quelle: Grundlagenstudie zu den Gewerkschaften des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt.

Tabelle 2: Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades nach Branchen (in %)

	Zahl d. Branche n	Land-, Forstwirtschaft u. Fischerei			Bergbau	Bauwesen	Herstellende Industrie	Groß- u. Einzelhandel	Finanz/ Versicherungen/ Immobilien	Dienstleistungen	Transport/ Kommunikation	Elektrizität/ Gas/ Wärmeversorgung	Beamte
		Land- u. Forstwirtschaft	Fischerei										
1955	35,6	16,6	12,1	27,1	85,9	27,9	35,1	15,2		34,5	77,3	47,6	
1960	32,2	12,8	9,9	28,1	79,6	29,7	31,4	14,2		26,4	69,9	62,2	
1970	35,4	24,3	23,0	26,9	74,8	25,0	38,0	19,2		26,2	65,0	65,6	
1980	30,8	20,8	21,2	19,5	43,2	16,2	34,7	10,4	69,5	23,0	61,5	79,7	69,1
1990	25,2	11,9	12,7	9,7	35,4	17,5	29,4	[10.1]	49,7	16,6	47,7	72,2	69,2
2000	21,5	5,1	4,8	7,0	26,8	19,8	28,0	[9.1]	41,1	12,6	37,3	56,1	61,7
2008	18,1	2,6	2,2	4,8	20,8	21,1	25,6	11,2	31,7	10,0	24,4	59,3	44,7
2009	18,5	2,7	2,5	3,3	30,7	21,9	27,9	12	30,3	9,7	25,8	43,5	43,4

Quelle: Erstellt durch die Abteilung für Arbeitsmaßnahmen des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt aufgrund der Grundlagenstudie zu den Gewerkschaften des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt sowie des vom Büro für Statistik des Ministeriums für öffentliche Verwaltung, Inneres Post und Telekommunikation erstellten »Labor Force Survey«.

Anmerkungen: 1) Die Zahlen von 1955, 1960, 1970 und 1980 stammen aus der Studie *Rōdō Kumiai Kihon Chōsa* (Grundlegende Studie zu den Gewerkschaften), die von 1990, 2000, 2008 und 2009 aus *Rōdō Kumiai Kiso Chōsa* (Basisstudie zu den Gewerkschaften). 2) In den Zahlen bis 1972 ist Okinawa nicht enthalten. 3) Der geschätzte (gewerkschaftliche) Organisationsgrad errechnet sich aus der Zahl der Mitglieder von Einzelgewerkschaften (Stand 30. Juni), die durch die Zahl der Beschäftigten, die jeweils im Juni durch die *Labor Force Survey*-Studie erhoben wird, dividiert wird. Als Einzelgewerkschaften gerechnet werden sowohl Verbände, die keine Unterorganisationen haben, als auch solche, die Unterorganisationen haben. 4) Der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach Branchen (exkl. der branchenübergreifenden Organisationen) dividiert die Zahl der in Einzelgewerkschaften Organisierten (Stand 30. Juni) mit der Zahl der im *Labor Force Survey* (jeweils im Juni) erhobenen Zahl der Beschäftigten. Als Einzelgewerkschaften gezählt werden jeweils die untersten Organisationseinheiten der Verbände, nämlich Verbände, die Unterorganisationen haben oder auch nicht. 5) Die Erhebungsmethode des *Labor Force Survey* wurde 1967 geändert; die dadurch entstehende Verschiebung wurde für die Jahre 1955 und 1960 bereinigt. 6) Eigene Rubriken für Groß- und Einzelhandel gibt es ab 1970 bzw. für Finanz/Versicherungen/Immobilien ab 1980. 7) Die in [] gesetzten Zahlen sind die Werte für Groß-, Einzelhandel und Gastronomie. 8) Die Zahlen für Dienstleistungen in den Jahren 2008 u. 2009 enthalten Wissenschaft u. Forschung, Fach-/Technische Dienstleistungen, Hotel, Gastronomie, den Alltag betreffende Dienstleistungen, Entertainment, Erziehung, Lernunterstützung, Medizin, Wohlfahrt, Kredit- u. Versicherungen sowie sonstige Dienstleistungen (die keiner der obigen Kategorien zugeordnet werden können).



Sieht man sich die Entwicklung des Organisationsgrads nach Branchen an, so hatten die japanischen Gewerkschaften ihre größten Organisationserfolge in der Zeit des hohen Wirtschaftswachstums der 1960er und 1970er Jahre vor allem in der herstellenden Industrie sowie im Groß- und Einzelhandel. Seit den 1980er Jahren konnten dann nur noch in der Baubranche Zuwächse erzielt bzw. der Bestand gehalten werden.

2. Geschichtlicher Rückblick: Die Bemühungen um eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung

2.1 Konfrontation und politische Zersplitterung nach dem zweiten Weltkrieg

In der Nachkriegszeit bestimmten zunächst wiederholte Abspaltungen und heftige Konfrontationen die Gewerkschaftszene Japans. Vier Gewerkschaftsverbände mit unterschiedlicher parteipolitischer Affilierung standen einander gegenüber:

- Der Allgemeine Japanische Gewerkschaftsverband *Sōhyō* (*Nihon Rōdō Kumiai Sōhyō Gikai*, General Council of Trade Unions of Japan); der der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) nahesteht;
- Der Japanische Arbeiterverband Dōmei (*Zen Nihon Rōdō Sō-Dōmei*, Japanese Trade Union Confederation/JTUC); welcher der früheren Demokratisch Sozialistischen Partei (DSP, gegr. 1960, aufgelöst 1994) nahesteht;
- die gemäßigte Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften Japans *Chūritsu Rōren* (*Chūritsu Rōdō Kumiai Renraku Kaigi*);
- und der Nationale Verband der Industriegewerkschaften *Shinsanbetsu* (*Zenkoku Sangyō-betsu Rōdō Kumiai Rengō*).

Von den beiden erstgenannten gingen bereits früh erste Impulse zur Schaffung eines gewerkschaftlichen Dachverbandes (»National Center«) und zur Herstellung einer gewissen Einheit in der Gewerkschaftsbewegung aus. Seit den 1970er Jahren waren erstmals konkrete Aktivitäten mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zu beobachten, Abspaltungen und Konfrontationen um politische Grundsatzfragen

und die politische Ausrichtung zwischen *Sōhyō*, dem größten Verband, dem neben den privatwirtschaftlichen Gewerkschaften auch der Großteil der Beamten-gewerkschaften angehörten, und dem zweitgrößten Verband *Dōmei*, dem vor allem Gewerkschaften aus der Privatwirtschaft angehörten, waren an der Tagesordnung. Da *Dōmei* ursprünglich unter dem Namen *Zenrōkaigi* aus politischen Gründen als Gegenmacht zu *Sōhyō* gegründet worden war, blieben noch lange fundamentale Unterschiede hinsichtlich der Strategien der gewerkschaftlicher Arbeit, aber auch bezüglich ihrer internationalen und politischen Aktivitäten bestehen.

2.2 Der lange Weg bis zur Vereinigung in RENGO (1989)

Anfang der 1970er Jahre dann revidierten insbesondere die Gewerkschaften der Privatwirtschaft einige ihrer bisherigen Grundüberzeugungen. Im Kontext der Ölkrise (1973) und konfrontiert mit einer akuten strukturellen Rezession und Beschäftigungskrise, kam man zu der Überzeugung, dass es nicht nur eines Arbeitskampfes für höhere Löhne bedürfe, sondern dass auch Systemänderungen in Wirtschaft und Industrie, vor allem im Bereich der Beschäftigungs- und Preispolitik gefordert werden müssten. Auch die Steuerpolitik wurde als Gegenstand gewerkschaftlicher Einflussnahme und Vorschläge identifiziert. Um diese politischen Forderungen wirkungsvoller vertreten zu können, gründeten die Gewerkschaften der Privatwirtschaft 1976 die Konferenz der Arbeitergewerkschaften zur Förderung Politischer Strategie (*Seisaku Suishin Rōso Kaigi*). Diese nationale Konferenz bestand aus 17 gewerkschaftlichen Organisationen. Hiermit hatten die privatwirtschaftlichen Gewerkschaftsverbände eine Vorreiterrolle im Prozess der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung übernommen.

Im Dezember 1982 dann wurde der Nationale Verband der Gewerkschaften der Privatwirtschaft gegründet (*Zen Nippon Minkan Rōdō Kumiai Kyōgikai*, kurz *Zenminrōkyō*), der im Laufe der Jahre auf insgesamt 56 Verbände mit einer Gesamtzahl von 5,33 Millionen Mitgliedern anwuchs. Auch 17 Industriegewerkschaften, die Mitglied des Verbandes *Sōhyō* waren, traten dem Vorbereitungsausschuss bei. *Zenminrōkyō* war zunächst als loses Beratungsgremium ins Leben gerufen worden, hatte aber das Ziel, sich zu einem nationalen



Gewerkschaftsverband zu entwickeln. 1985 kündigte *Zenminrōkyō* an, die Umwandlung in einen nationalen Gewerkschaftsverband bis zum Jahre 1989 anstreben zu wollen. Schließlich wurde am 21. November 1989 RENGŌ (*Nippon Sōrōdō Kumiai Sōrengō Kai*, Japanese Trade Union Confederation/JTUC-RENGŌ) als nationaler Gewerkschafts-Dachverband gegründet. In RENGŌ waren damals 74 Industriegewerkschaften sowie weitere vier Industriegewerkschaften mit Beobachterstatus, also insgesamt 78 Industriegewerkschaften mit 7,98 Millionen Mitgliedern organisiert.

2.3 Die konkurrierenden Gründungen von Zenrōren und Zenrōkyō

Zeitgleich versuchten die Lager, die sich gegen die Gründung eines zentralen Dachverbandes stellten, weitere Dachverbände in Konkurrenz zu RENGŌ zu gründen. Am gleichen Tag wie RENGŌ, dem 21.11.1989, wurde der Verband *Zenrōren* (*Zenkoku Rōdō Kumiai Sō-Rengō*, offiziell National Confederation of Trade Unions) gegründet, der der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) nahe steht. Ein weiterer Dachverband namens *Zenrōkyō* (*Zenkoku Rōdō Kumiai Renraku Kyōgikai*) wurde 1989 von drei ehemaligen Beratern bzw. Vorsitzenden und Generaldirektoren von *Sōhyō* ins Leben gerufen. Der Verband versteht sich als Erbe des militanten Flügels der Gewerkschaftsbewegung, verliert aber, ebenso wie *Zenrōren*, kontinuierlich Mitglieder und Einfluss.

3. Gesetzliche Grundlagen

In Japan teilt man die Gesetze, die die Gewerkschaften betreffen, wie folgt ein:

- a) das *Gewerkschaftsgesetz*, das das Koalitionsrecht, das Recht auf das Abschließen von Tarifverträgen sowie das Streikrecht garantiert;
- b) das *Gesetz über die Arbeitsbeziehungen in besonderen Sonderselbstverwaltungskörperschaften*, welches das Koalitionsrecht und das Recht auf Abschließen von Tarifverträgen garantiert¹;

1. Nicht jedoch das Streikrecht. Es handelt sich bei den besonderen Sonderselbstverwaltungskörperschaften um Organisationen, in denen die Aufrechterhaltung des Betriebs im nationalen Interesse liegt, wie z. B. das Münzamt und dergleichen (Anmerkung der Übersetzer).

c) das *Gesetz über die Arbeitsbeziehungen der lokalen öffentlichen Körperschaften*, welches das Koalitionsrecht und das Recht auf das Abschließen von Tarifverträgen garantiert;

d) das *Gesetz für Staatsbeamte* bzw. das *Gesetz für lokale Beamte*, welches diesen Beschäftigtengruppen das Koalitionsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen einräumt, ihnen jedoch nicht den Abschluss von Tarifverträgen gestattet.

84 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder fallen unter das Gewerkschaftsgesetz (a), 13 Prozent unter das Gesetz für lokale Beamte (d), und 1,5 Prozent unter das Gesetz über die Arbeitsbeziehungen in lokalen öffentlichen Körperschaften (c), 0,3 Prozent unter das Gesetz über Arbeitsbeziehungen in besonderen Selbstverwaltungskörperschaften.

4. Strategien, Schwerpunkte und politische Arbeit der Gewerkschaften heute

4.1 Tarifpolitik im Takt der »Frühjahrsoffensive«

Die japanischen Gewerkschaften sind zunächst auf der Ebene der Unternehmensgewerkschaften organisiert. Zwar sind diese Betriebsgewerkschaften aufgrund ihrer begrenzten Größe nur bedingt funktionsfähig, sie spielen jedoch eine wichtige Rolle im Rahmen eines der wichtigsten Instrumente der Gewerkschaften in Japan, der sog. Frühjahrsoffensive (*shuntō*). Seit 1955 findet jedes Jahr konzentriert auf die Monate Februar und März, d. h. unmittelbar vor Beginn des unternehmerischen Fiskaljahres im April, die sogenannte »Frühjahrsoffensive« statt, in der sich die Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Forderungen, wie etwa Lohnniveauverhandlungen oder Arbeitszeitverkürzungen, engagieren. In vielen japanischen Unternehmen werden die Grundgehälter, aber oft auch sonstige Zulagen und Boni, entsprechend des Ausgangs der Frühjahrsoffensive, für ein Fiskaljahr angepasst. Diese Praxis ist so etabliert, dass auch die jährlichen statistischen Schätzungen der Arbeitnehmerereinkommen und der Preissteigerungsrate die Ergebnisse der Frühjahrsoffensive zu Grunde legen.

Bei den Frühjahrsoffensiven kooperieren die Betriebsgewerkschaften miteinander und nutzen verschiedene Organisationsstrukturen, wie z. B. sektorale Gewerk-



Tabelle 3: Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nach betreffendem Gesetz (Einzelgewerkschaften)

Relevantes Gesetz	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder			Anteil		
	2011			2010	2011	2012
		Differenz zum Vorjahr	+/- vgl. Vorjahr			
Gewerkschaftsgesetz	8.340.000	-50.000	-0,6 %	8.391.000	84,3 %	84,0 %
»Toku Rōhō« / »Chikō Rōhō«	175.000	-4.000	-2,5 %	179.000	1,8 %	1,8 %
Gesetz über die Arbeitsbeziehungen der Sonderverwaltungskörperschaften	32.000	-1.000	-3,6 %	33.000	0,3 %	0,3 %
Gesetz über die Arbeitsbeziehungen der lokalen öffentlichen Körperschaften	143.000	-3.000	-2,2 %	146.000	1,4 %	1,5 %
Gesetz für Staats- bzw. lokale Beamte	1.382.000	-37.000	-2,6 %	1.419.000	14,0 %	14,2 %
Staatsbeamtengesetz	118.000	-5.000	-4,0 %	123.000	1,2 %	1,2 %
Gesetz für lokale Beamte	1.264.000	-32.000	-2,4 %	1.296.000	12,8 %	13,0 %
Gesamt	9.897.000	-91.000	-0,9 %	9.998.000	100,0 %	100,0 %

Quelle: »Basisstudie zu den Gewerkschaften 2011« des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt

schaftszusammenschlüsse oder auch die nationalen Dachverbände. Auch vor der Gründung von RENGO fanden die verschiedenen Dachverbände aus diesem Anlass immer wieder eine gemeinsame Forderungsbasis.

Aber auch in Fällen, wenn die Tarifverhandlungen nach Branchen geführt werden, so ist die Gewerkschaftsbewegung doch nach wie vor von den Unternehmensgewerkschaften geprägt. Selbst in der gleichen Branche gibt es Betriebe mit ganz verschiedenen Ergebnissen, und Gewerkschaften in Betrieben mit guten Ergebnissen erreichen oft zusätzliche Zugeständnisse, die über die Ergebnisse der branchenspezifischen Verhandlungen hinausgehen, allerdings kaum zum Ansteigen des Lohnniveaus innerhalb der gesamten Branche beitragen. Dies schwächt die branchenweiten Lohnforderungen und daher ist in diesen Krisenzeiten das Instrument der Frühjahrsoffensive in Gefahr, seine Funktionstüchtigkeit einzubüßen.

Seit der Gründung von RENGO spielt der Dachverband eine immer größere Rolle im Rahmen der Frühjahrsoffensive. Obwohl dabei faktisch die durchsetzungsstärkeren

Industriegewerkschaften den größeren Einfluss haben, bleibt die Frühjahrsoffensive (im Unterschied zu den Zeiten der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung vor 1989) gemeinsam getragen von Privat- und Beamtenge- werkschaften. Inzwischen konzentriert sich die Frühjahrsoffensive nicht mehr ausschließlich auf Lohnforderungen, sondern hat den Schwerpunkt auf die Forderung nach Verbesserung von Arbeitsbedingungen verlegt.

4.2 Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Forderungen bzgl. der Arbeitsbedingungen und der Arbeitspolitik

Interessanterweise hatten die japanischen Gewerkschaftsverbände historisch und insbesondere vor der Gründung von RENGO zwar regelmäßige Differenzen bezüglich ihrer jährlichen Lohnforderungen. Vergleichsweise große Übereinstimmung aber gab es regelmäßig hinsichtlich ordnungs- und sozialpolitischer Forderungen. Schon recht früh etwa gab es gemeinsame Vorstellungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, zur Schaffung eines Mindestlohns, zur Verbesserung der Arbeitslosenversicherung oder zum Rentensystem usw.



Die Frühjahrsoffensive von 1975 hatte einen historischen Durchbruch bedeutet. Hier formulierten die vier Gewerkschaftsverbände (s.o.), nach einem von Privatwirtschaft und Beamten geführten Generalstreik, gemeinsam ihre Forderungen und übten in den Verhandlungen verstärkten Druck auf die Regierung aus, sodass es erstmals zu einer Unterredung zwischen den Vertretern der vier Verbände und dem Arbeitsminister kam. Dank wiederholter Gespräche gelang schließlich ein großer Schritt vorwärts: unter anderem wurde die gesetzliche Verankerung der Fünftagewoche sowie die Einführung eines Mindestlohns durchgesetzt. Dieser Erfolg wirkte als starker Impuls für das weitere Zusammenwachsen der Gewerkschaftsbewegung und schließlich für die Gründung von RENGO. Seitdem gab es vor allem folgende Themenfelder, zu denen gemeinsame gewerkschaftliche Forderungen entwickelt und, mal besser, mal schlechter politisch durchgesetzt werden konnten, so die Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit, sowie Reformen im Erziehungswesen und Erziehungsurlaubsgesetz. Nicht einigen konnten sich in den frühen 1980ern die Gewerkschaftsverbände auf eine Position zum neuen Leiharbeitsgesetz.

4.3 Die aktuellen Schwerpunktforderungen der japanischen Gewerkschaften

Die von RENGO jährlich an Regierung und Parteien gestellten Schwerpunktforderungen konzentrierten sich für das Fiskaljahr 2012 auf zwei Themen, nämlich erstens auf Maßnahmen für einen Wiederaufbau in den vom Erdbeben in Ostjapan vom 11. März betroffenen Gebieten und zweitens auf Maßnahmen rund um das Thema Arbeit mit dem Ziel der Schaffung einer Gesellschaft, die ihren Bürgern ein Gefühl der Sicherheit gibt.

Das Thema »Wiederaufbau« beinhaltet u. a.:

- 1) ein Sicherheitsnetz für den Wiederaufbau der Existenz;
- 2) Städteplanung, die Katastrophenschutz und Umweltfragen Rechnung trägt;
- 3) im Rahmen des Wiederaufbaus die Schaffung von Verwaltungsfunktionen und einem entsprechenden Erziehungsumfeld;
- 4) die Erhaltung/Schaffung von Beschäftigung in den betroffenen Gebieten;
- 5) den Wiederaufbau der Industrie in den betroffenen Gebieten;

Tabelle 4: Wirtschafts- und Sozialdaten Japans

	2000	2005	2011
BIP (Billion US\$)	4.667,45	4.552,19	5.683,29
BIP pro Kopf (US\$)	36.800,44	35.663,04	44.682,34
Durchschnittslohn (US\$ pro Jahr)	25.333,59	30.315,33	34.831,97
Wirtschaftswachstum (%)	2,1	1,3	-0,7
Staatsverschuldung (% des BIP)	142	191,64	219,1
Sparquote (% des Einkommens)	8,6	3,9	2,4
Außenhandelsbilanz (Mrd. US\$)	69,2	70,348	-32,3
Arbeitslosigkeit (%)	4,724	4,427	4,5
Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen (%)	24	29	35
Inflation (%)	-0,777	-0,299	-0,324

Quellen: IWF, OECD, Japan Statistics Bureau

- 6) eine stabile Stromversorgung und
- 7) die rückhaltlose Aufklärung des Fukushima-Atomunfalles sowie Hilfe für die Betroffenen.

Das Thema »Arbeit« beinhaltet Punkte wie:

- 1) die Schaffung von Arbeit und die Ausbildung von Personal mit Schwerpunkt auf den strategischen Bereichen;
- 2) die Entwicklung der bzw. Unterstützung für die örtlichen Klein- und Mittelbetriebe;
- 3) die Schaffung einer nachhaltigen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei;
- 4) eine Reform der Unternehmensgesetzgebung;
- 5) die Schaffung von »Decent Work« (Schutz für befristete Arbeitskräfte, Schaffung von Beschäftigung für ältere Menschen, Revision des Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetzes, Erhöhung des Mindestlohns, gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, Work-Life-Balance);
- 6) die Schaffung einer Gesellschaft, die ein Gefühl der Sicherheit gibt (ein neues System zur Sicherung der Lebenshaltungskosten, Rentenreform, lokales medizinisches Versorgungssystem, Schutz für Kinder, Unterstützung bei der Kindererziehung, Konsumentenschutz);

- 7) Lastenteilung (Steuerreform, Schaffung einer finanziellen Basis für den Wiederaufbau);
- 8) eine demokratische Reform des Beamtensystems und
- 9) Dezentralisierung.

Innerhalb der oben genannten Punkte haben die Unterstützung der vom Erdbeben und dem Tsunami vom 11.3.2011 betroffenen Gebiete, die Verwirklichung von Decent Work sowie die Sozial- und Steuerreform eine besonders hohe Priorität.

4.4 Die Gewerkschaften und ihr politischer Einfluss (1955–1996)

Während die Gewerkschaften also recht bald bereits zu allgemeinen ordnungs- und sozialpolitischen Fragen immer wieder gemeinsame Positionen haben entwickeln können, waren ihre Möglichkeiten der Durchsetzung natürlich stets von den politischen Mehrheitsverhältnissen abhängig.

Lange Zeit herrschte in Japan die sogenannte »1955er Ordnung«, unter der die Liberal-Demokratische Partei als Regierungspartei über die Mehrheit der Sitze im Parlament verfügte und die Sozialistische Partei Japans (SPJ) stärkste Oppositionspartei war. Die SPJ konnte dank ihrer engen Verbindung mit den Gewerkschaften stets eine gewisse Anzahl von Sitzen erlangen. Doch war diese Abhängigkeit von den Gewerkschaften gleichzeitig auch ein Hindernis bei der Suche nach neuen Mehrheitsverhältnissen. In der Konsequenz verlor die Partei allmählich Sitze und schließlich auch das Potential, an die Regierung zu kommen.

Allerdings machte die LDP während der »1955er Ordnung«, um Regierungspartei zu bleiben, durchaus auch Zugeständnisse an die SPJ, weshalb die Ära, abgesehen von Themen, wo es heftige Diskrepanzen zwischen Arbeitgebern und -nehmern gab, in der Gesamtbetrachtung günstig für die Umsetzung von arbeitspolitischen und systemrelevanten Forderungen seitens der Gewerkschaften war. Diese Phase endete mit der Niederlage der LDP bei den Unterhauswahlen im Jahre 1983.

Die 1980er Jahre entwickelten sich daraufhin zu einer schwierigen Zeit für die Gewerkschaften und die Durchsetzung ihrer politischen Forderungen und forderten diesen die Entwicklung neuer Strategien ab. Weder in

der Koalitionsregierung ab 1983 noch in der Phase der absoluten Mehrheit der LDP im Parlament ab 1986 fanden wichtige Themen der Gewerkschaftsseite einen gesetzlichen Niederschlag.

1993 gab es in Japan schliesslich einen Boom von Parteigründungen und die »Ära der Koalitionsregierungen« begann. Mit der Bildung der Koalitionsregierung Hosokawa 1993–1994 und der anschließenden Koalition aus LDP, SPJ und *New Party Sakigake* wurden die Parteien, die die Gewerkschaften unterstützten, mit einem Male von Oppositions- zu Regierungsparteien. In der Folge gelang es RENGO, hinsichtlich der gemeinsamen Forderungen insbesondere zur Arbeitspolitik aktiv Einfluss auszuüben.

4.5 Eine Sonderbeziehung: Die Demokratische Partei Japans (DPJ) und die Gewerkschaften (1996 bis heute)

Mit der Bildung der Koalition aus LDP und Kōmei-Partei 1996 nahm der politische Einfluss der Gewerkschaften wieder ab, doch man hatte seine Lehren gezogen und wollte nicht mehr separat verschiedene Parteien unterstützen. Stattdessen setzte man nun direkt auf die Gründung von neuen Parteien, die einen Regierungswechsel anstrebten. An der Gründung der Demokratischen Partei Japans (DPJ) 1996 beteiligten sich die Gewerkschaften deshalb maßgeblich.

Die Gründung der DPJ stärkte die Einheitlichkeit der politischen Einflussnahme durch RENGO. Die Beziehung zwischen Parteien und Gewerkschaften, die während der 1955er Ordnung von einer übermäßigen gegenseitigen Abhängigkeit geprägt gewesen war, verwandelte sich grundlegend in ein Verhältnis von ebenbürtigen Partnern. Man hatte großes Interesse, dass die DPJ zu einer Partei würde, die nicht allein auf die Gewerkschaften setzte, sondern breitere Unterstützung fand, um auch das Potential für einen Regierungswechsel zu gewährleisten.

Das Ergebnis ist eine DPJ, die sich nicht bloß an den Gewerkschaften orientiert, sondern an den Stimmen einer breiten Bevölkerungs- bzw. Wählerschicht, weshalb es oberflächlich so schien, als habe der politische Einfluss der Gewerkschaften abgenommen. Doch auch die gesellschaftliche Akzeptanz von RENGO stieg, da die Notwendigkeit, Forderungen nicht bloß aus der Sicht der Gewerkschaften oder Interessen einzelner Branchen,



sondern unter Berücksichtigung der Interessen einer weiteren Bevölkerungs- und Wählerschicht zu stellen, zugenommen hatte.

Als die DPJ bei den Parlamentswahlen 2009 dann die absolute Mehrheit erringen konnte, veränderte dies wiederum die Beziehung zwischen den Parteien und der Gewerkschaften. Es entwickelt sich eine »reifere« Beziehung, was gleichzeitig auch die Bedeutung der arbeitspolitischen Forderungen seitens RENGO erhöhen sollte.

Mindestens einmal pro Monat fand nunmehr ein offizieller Meinungsaustausch zwischen Regierung und RENGO statt, zu dem auch noch eine Reihe inoffizieller Gelegenheiten zum Meinungsaustausch hinzukamen. Denn zahlreiche, den Gewerkschaften verbundene Parlamentsabgeordnete wurden in der Folge Minister, Vizeminister oder parlamentarischer Staatssekretär. Dadurch legte sich der Schwerpunkt des Gewerkschaftsdialogs auf die direkte Kooperation mit den drei höchsten Ämtern der jeweiligen Ressorts und wurde tendenziell etwas unübersichtlich.

Mit dem Rücktritt des Kabinetts Hatoyama (2010) wurden diese Unklarheiten im Dialog zwischen Politik und Gewerkschaften zunächst beigelegt. Man bemühte sich erneut um eine verstärkte Kooperation zwischen RENGO und DPJ. Seit dem Kabinett Kan (2010/2011) gab es nicht nur regelmäßige Unterredungen zwischen RENGO und DPJ, sondern auch zwischen RENGO und Regierung. Doch seit der Niederlage der DPJ bei den Oberhauswahlen 2010 konnte kaum noch ein Gesetzesantrag durchgebracht werden, zu dem Regierung und Opposition unterschiedliche Standpunkte vertraten. Entsprechend sind auch die Umsetzungsmöglichkeiten für arbeitspolitische Forderungen seitens der Gewerkschaften im Vergleich zur Zeit unmittelbar nach dem Regierungswechsel bedeutend eingeschränkt.

4.6 Internationale Netzwerke und Mitgliedschaften

Die Frage des Beitritts zu einer der internationalen gewerkschaftlichen Organisationen war bei der Gründung von RENGO ein wichtiger Streitpunkt. Der Beitritt zur International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU) wurde dabei vorausgesetzt. Bei *Sōhyō* gab es damals private Industriegewerkschaften, die der World Federation of Trade Unions (WFTU) angehörten, welche wiederum in Rivalität zur ICFTU stand, sodass man befürch-

tete, dass ein gemeinsamer Beitritt eine Begrenzung der in RENGO organisierten Industriegewerkschaften mit sich bringen könnte.

Dies fand alles noch vor dem Hintergrund des Kalten Krieges statt, wobei innerhalb *Sōhyō* dieses Bewusstsein und ein entsprechendes Programm eine wichtige Rolle spielten. Doch bei der Frage, welcher Organisation RENGO beitreten sollte, wollte man nun den aktuell bereits bestehenden Beziehungen zwischen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in den Industrieländern, und der japanischen Gewerkschaftsbewegung gerecht werden.

Da 87 Prozent der Mitglieder von *Sōhyō* ohnedies internationalen Berufssekretariaten (die heutigen Global Union Federations) angehörten, die in enger Beziehung mit ICFTU stehen, beschloss *Sōhyō* 1989 den geschlossenen Beitritt zur ICFTU, sodass ein weiteres Hindernis für den Zusammenschluss von RENGO aus dem Weg geräumt war.

Heute ist RENGO als Dachverband ICFTU-Mitglied, doch die einzelnen Mitgliedsorganisationen von RENGO sind wiederum nach Branchen Mitglied in verschiedenen internationalen Verbänden und bemühen sich so intensiv um einen starken Zusammenhalt für internationale Aktivitäten.

5. Ausblick

5.1 Die Lage von DPJ und Regierung

2009 kam es zwar zum Regierungswechsel, doch die Erwartungen der Bürger an die DPJ-Regierung sind bislang nicht erfüllt worden. Für RENGO ist es eine entscheidende Frage, ob die Partei, die der Verband unterstützt, weiterhin die Regierung stellen kann.

Planmäßig werden 2013 die Wahlen zum Unterhaus und die zum Oberhaus, wo alle drei Jahre die Hälfte der Abgeordneten gewählt wird, zusammenfallen – wenn es nicht zu vorgezogenen Wahlen zum Unterhaus kommt. Die Wahlvorbereitungen haben bereits begonnen, doch stellt sich derzeit die Frage, ob die DPJ-Regierung das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen kann. Es wird notwendig sein, dass DPJ und RENGO darauf achten, wie ihr Umgang miteinander von den Wählern wahrgenommen wird, und sich um eine »reifere Beziehung« zueinander bemühen.



Die DPJ muss sich, solange sie an der Regierung ist, um die Verabschiedung von wichtigen Gesetzesvorlagen bemühen, die bislang noch in der Schwebe sind. Sollte sich am jetzigen Zustand bis zu den Wahlen nichts ändern und bleibt die Gesetzgebung weiterhin blockiert, so ist der politische Schaden für die Regierung immens, und ist die Wahrscheinlichkeit einer DPJ-Niederlage hoch.

5.2 Die Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften

In der letzten Frühjahrsoffensive wurden aufgrund der andauernden Wirtschaftskrise nur recht zurückhaltende Lohnerhöhungen vereinbart. Denn trotz der Erwartung, dass sich 2012 die Industrie erholen und ihre Ergebnisse verbessern wird, wurde der Sicherung von Arbeitsplätzen auch seitens der Gewerkschaften Priorität eingeräumt.

Japan sieht sich in Folge der großen Schäden des Erdbebens in Ostjapan im Jahr 2011 mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, die jene der Euro-Krise übertreffen. Zudem beeinträchtigen die Auswirkungen des Hochwassers in Thailand (2011) sowie der hohe Yen-Kurs nach wie vor die Ergebnisse der vom Export abhängigen Branchen und Firmen.

Wirtschaft sowie konjunkturelle Maßnahmen Japans sind zu sehr exportorientiert, als dass eine Schwerpunktverlagerung auf die Binnennachfrage möglich ist. Dazu wären eine Überwindung der Deflation sowie Lohnerhöhungen unerlässlich, doch die Tatsache, dass das Lohnniveau von der exportabhängigen Industrie bestimmt wird, hat sich auf die diesjährige Frühjahrsoffensive stark ausgewirkt.

5.3 Zukünftige Aufgaben für die Organisation

Zwar konnte das Sinken des Organisationsgrades der japanischen Gewerkschaften in den letzten Jahren endlich gestoppt werden, doch die Erhaltung bzw. der weitere Ausbau der Organisation bleiben eine Aufgabe hoher Dringlichkeit. In Zeiten von Entlassungen bzw. der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse haben die Einzelgewerkschaften eher mit Organisationszu-

sammenlegungen reagiert. Letztlich kam dies jedoch eher einem sich Einpendeln auf einem niedrigeren Niveau als einer offensiven Strategie gleich. Auch die Zahl der Beamten, insbesondere der lokalen Beamten, nahm während der vergangenen zehn Jahre aufgrund der Finanzkrise in den Regionen und damit einhergehender

umfangreicher Personalkürzungen ab, was sich ebenfalls in Form sinkender Mitgliederzahlen der Gewerkschaften auswirkte.

Um diesem Zustand entgegenzuwirken, wird es nötig sein, sich von der Tradition der Unternehmensgewerkschaften sowie von der Konzentration auf die Kernbelegschaften zu verabschieden, welches beides Charakteristika, aber auch Schwachpunkte der japanischen Gewerkschaftsbewegung sind. Die Aktivitäten der jeweiligen Branchenorganisationen sowie der lokalen Organisationen werden forciert und die Organisation jener Arbeitnehmer, die nicht zur Kernbelegschaft zählen, vorangetrieben werden müssen.

RENGO hat 2001 den so genannten »Gewerkschaftsorganisations-Action Plan 21« (*Kumiai-zukuri Action Plan 21*) erstellt. Danach sind die gezielte Mitgliederwerbung unter Arbeitnehmern, die nicht der Kernbelegschaft angehören, die Werbung von Gewerkschaftsmitgliedern unter Wiedereingestellten und der Einsatz von jüngeren und auch weiblichen Funktionären vorgesehen. Erste Erfolge lassen sich seit 2007 messen, als die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder erstmals wieder anstieg. Das Ziel eines Mitgliederzuwachses von 650.000 bereits wurde zu 33,9 Prozent erreicht (bis Ende 2011). Bei der Mitgliederwerbung unter Randbeschäftigten konnte der Zielwert eines Mitgliederzuwachses um 160.000 Personen sogar zu 69,3 Prozent erreicht werden.

Im Rahmen dieser Strategie ist RENGO seit 2010 dabei, Beratungsstellen für nicht in Gewerkschaften organisierte Arbeitnehmer einzurichten, lokale Organisationen zu schaffen, denen Einzelpersonen beitreten können, unabhängig davon, welchem Unternehmen sie angehören, ein System von lokalen Beratern aufzubauen und die Mitgliedschaft von ausländischen Arbeitnehmern voranzutreiben.



Tabelle 5: Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den Teilzeitarbeitern

Jahr	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den »Part Timers« Teilzeitarbeitern			Anteil an der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder	Zahl der Arbeitskräfte mit verkürzten Arbeitszeiten	Geschätzter Organisationsgrad
		Differenz zum Vorjahr	+/- vgl. Vorjahr			
2006	515.000	126.000	32,4 %	5,2 %	1.187.000	4,3 %
2007	588.000	73.000	14,2 %	5,9 %	1.218.000	4,8 %
2008	616.000	28.000	4,7 %	6,2 %	1.232.000	5,0 %
2009	700.000	84.000	13,7 %	7,0 %	1.317.000	5,3 %
2010	726.000	26.000	3,7 %	7,3 %	1.291.000	5,6 %
2011	776.000	50.000	6,8 %	7,8 %	—	—

Anmerkungen: 1) Unter Teilzeitarbeitern versteht man jene Arbeitskräfte (ausschließlich der Mitglieder der Kernbelegschaft, die kurzarbeiten), die entweder weniger Stunden pro Tag arbeiten als die Kernbelegschaft, oder die zwar dieselbe Stundenzahl pro Tag, jedoch weniger Tage pro Woche arbeiten, aber auch einfach Arbeitskräfte, die in ihrer Firma als Teilzeitarbeitnehmer (Japanisch »Part Timer« oder »Part«) bezeichnet werden. 2) Die Zahl der Arbeitskräfte mit verkürzten Arbeitszeiten erfasst jene Arbeitnehmer aus dem Labor Force Survey, die weniger als 35 Stunden pro Woche arbeiten. 3) Der geschätzte Organisationsgrad wird errechnet, indem man die Zahl der Teilzeitarbeiter, die gewerkschaftlich organisiert sind, durch die Gesamtzahl der Teilzeitarbeiter dividiert. 4) Da im Labor Force Survey (Juni 2011) die Zahl der Arbeitnehmer sowie der geschätzte Organisationsgrad des Jahres 2011 aufgrund des Ost-japanerdbebens für die Präfekturen Iwate, Miyagi und Fukushima nicht erhoben werden konnten, werden die Zahlen für das Jahr 2011 nicht aufgeführt.



Über den Autor

Masahiko Daimon ist Geschäftsführer, Generalsekretär und *senior researcher* des gewerkschaftsnahen *think tank* Economic Policy Institute for Quality Life. Dieses Forschungsinstitut steht der Sozialdemokratie in Japan nahe und kooperiert eng mit Wissenschaftlern, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen und Experten der Gesetzgebung für die Forschung der Themen von Politik, Wirtschaft und Beschäftigung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jörg Bergstermann, Koordinator der Gewerkschaftsprogramme
Europa und Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7744 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/gewerkschaften/publist-europa.php>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Internationaler Dialog

Die Abteilung »Internationaler Dialog« der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert den qualifizierten Diskurs von Partnern in Europa, Türkei, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Japan. Unsere Studien und Publikationen adressieren zentrale Fragen europäischer und internationaler Politik, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung. Die Entwicklung unserer Analysen, Szenarien und Politikempfehlungen erfolgt dabei grundsätzlich unter einer sozialdemokratischen Perspektive.

Länderberichte Gewerkschaften

Programme der Gewerkschaftskooperation sind integraler Bestandteil unserer Arbeit. Unser Ziel ist die weltweite Stärkung der Interessenvertretung von abhängig Beschäftigten. Repräsentative, starke und kompetente Gewerkschaften, so unser Credo, sind eine zentrale Bedingung für soziale Gerechtigkeit und soziale Demokratie. Diese Publikation erscheint in der Reihe »Länderberichte Gewerkschaften«. Alle Länderberichte sowie thematisch verwandte Themenpapiere stehen zum Download bereit unter: <http://www.fes.de/gewerkschaften/publist-europa.php>

Projektleitung: Jörg Bergstermann (joerg.bergstermann@fes.de),
Projektadministration: Cindy Espig (cindy.espig@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-368-9